

Von: Angi Morstadt <[REDACTED]>
Gesendet: Freitag, 17. August 2018 16:12
An: Schreiner, Edith [REDACTED]
Cc: [REDACTED]
Betreff: Antrag FWO „Videoschutz in Offenburg“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Schreiner,

die Pressekonferenz des Polizeipräsidiums vom 10.08.18 (und die anschließende BILD Schlagteile) haben nun leider auch die letzten Zweifler davon überzeugt, dass Offenburg als Oberzentrum der Ortenau auch in Sachen Kriminalität im Land Baden-Württemberg eine Spitzenrolle einnimmt. Es genügt deshalb auch nicht mehr die Aussage des Polizeirevierleiters, Herrn Dieterle, „Die Bürger leben nach wie vor sicher.“

Es war auch nicht nachvollziehbar, dass die brutale Vergewaltigung und sexuellen Übergriffe im Bahnhofsbereich keine Erwähnung in der Pressekonferenz fand. Neben den Raub- und Betäubungsmitteldelikten sind es diese Straftaten, die das Sicherheitsempfinden gerade in der weiblichen Bevölkerung nachhaltig schädigen. Nicht zuletzt sind an uns herangetragene Meldungen erschreckend, dass sich weibliche Jugendliche und Frauen nicht mehr in den Abendstunden alleine auf den Bus wartend im ZOB aufhalten können, weil sie ständig von Männern- überwiegend Schwarzafrikanern- „angemacht“ werden.

Bereits im Januar 2016 haben die Freien Wähler aufgrund der schon damals vorliegenden negativen Kriminalitätsraten und aufgebracht der Bürger im Bereich des Franz-Volk-Parks an Sie, verehrte Frau Oberbürgermeisterin, einen Antrag gestellt, über einen „Videoschutz“ im öffentlichen Raum nachzudenken. Ihre Antwort vom 17.03.2016 lautete, dass man in den nächsten Monaten im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention eine Vorlage zur Videoüberwachung erarbeiten möchte.

Von diesem „Arbeitspapier“ war nichts mehr zu hören oder zu lesen.

Deshalb fordern wir jetzt nachdrücklich, gerade im Hinblick der äußerst negativen Entwicklung im Bereich des Vierecks Bahnhof, ZOB, Pfähler- und Franz-Volk-Park, dass neben den personell aufwändigen Einsätzen der Polizei auch über diesen Bereich hinaus (Hauptstraße, Fußgängerzone insbesondere Ree-Carre) die technischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen um eine nachhaltige Effizienz in Sachen Kriminalitätsbekämpfung zu erzielen. Gerade der Handel würde uns diese Ausweitung danken.

Polizeipräsident Reinhard Renter hat das Bahnhofgebiet als Kriminalitäts-„Hotspot“ erklärt, dies bedeutet, dass auch die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz eines Videoschutzes gegeben sind.

Auch die positiven Zahlen mit Einsatz von Videokameras in Mannheim, Heidelberg und gerade Freiburg erfahren einen deutlichen Rückgang der Kriminalitätsraten und gleichzeitig Stärkung des Sicherheitsempfindens der Bürger.

Nicht zuletzt hatte die Polizei in Freiburg durch den Einsatz von Videomaßnahmen eine personelle Aufstockung erfahren. Damit könnten wir auch unserer Gemeinderatsresolution zur personellen Aufstockung in Offenburg einen deutlichen Nachdruck verleihen.

Das Polizeipräsidium Offenburg hat in der Vergangenheit im Land Baden-Württemberg gerade in der Entwicklung von Pilotprojekten schon oft eine Vorreiterrolle gespielt, aber gerade bei dieser Technik hinken wir den genannten Städten zum Leidwesen der Bevölkerung weit hinterher. Wir stoßen deshalb mit unserem Antrag auch bei der Führung des Präsidiums auf offene Ohren. Gerade im Hinblick des Präsidium-Neubaus, könnte der Einsatz neuester Videotechnik (inklusive Gesichtserkennung) in Zukunft beispielhaft vorangehen.

Es ist kaum vorstellbar, dass sich die Mehrheit der Offenburger durch das Vorhandensein der genannten Überwachungsanlagen in ihrem Lebensgefühl und ihrer Bewegungsfreiheit nachhaltig eingeschränkt fühlt. Es ist viel mehr anzunehmen, dass die Bürger den Zugewinn an Sicherheit begrüßen. Dieses Gefühl wird sich angesichts der jüngsten Mordfälle in Offenburg noch weiter verstärken.

In diesem Zusammenhang von einem Einstieg in einen „Überwachungsstaat“ zu sprechen geht an der gesetzgeberischen Intention weit vorbei.

Es ist nun nachhaltig erwiesen, dass

- Potentielle Straftäter und Störer der öffentlichen Ordnung durch den Einsatz von Kameras von ihrer Tat abgehalten werden. Zu diesem Zweck sind die Kameras nicht versteckt, sondern deutlich sichtbar zu installieren. Die überwachten Bereiche sind mit Hinweisschildern zu versehen.

- Die Polizei wird durch die Kameras in die Lage versetzt, Kriminalität schnell zu erkennen und darauf reagieren zu können, indem z.B. Straftaten im Augenblick ihrer Durchführung entdeckt werden und die Streifenbeamten in kürzester Zeit am Ort des Geschehens sein können.

- Die Aufnahmen erhöhen die Aufklärungsquoten, da sie die Ermittlungsarbeiten erleichtern und vor Gericht als Beweismittel verwertbar sind.

Auch den Kritikern im Hinblick der entstehenden Kosten dürfte nach der Pressekonferenz auch endgültig klar sein, dass die Kosten des personellen Einsatzes der Polizei vor Ort und den damit flankierenden Maßnahmen sowie die erhöhten Reinigungsintervalle der Stadt verringert werden und diesen finanziellen Aufwand neuester Technik durchaus rechtfertigt.

Zusätzlich muss die von Herrn Bürgermeister Kopp angeregte flankierende Maßnahme einer erweiterten Ausleuchtung speziell im Bereich des Pfählerparks sofort umgesetzt werden.

Verehrte Frau Oberbürgermeisterin, wir wollen nicht mehr warten, wir fordern **keine** weiteren zeitlichen Verzögerungen und die Umsetzung unseres Antrages, noch in dieser Legislaturperiode.

Wir leiten diesen Antrag an die übrigen Fraktionen des GR weiter mit der Bitte, das Anliegen nachhaltig zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion Freie Wähler Offenburg

Mario Vogt (verantwortlich)

Angi Morstadt, Hans Rottenecker,

Stefan Konprecht, Rudi Zipf